



Digital gut aufgestellt: Neues Schulgebäude bietet viele Möglichkeiten

Schömburg. Fast auf den Tag fünf Jahre hat der vierte Bauabschnitt bei der Erweiterung des Schömburger Schulkomplexes gedauert. Am Freitagnachmittag wurden die neuen Räume ihrer Bestimmung übergeben. Schömburgs Bürgermeister und Verbandsvorsitzender Karl-Josef Sprenger (Zweiter von links) wies in seiner Rede auf den Ablauf des Großprojekts hin, das in vielerlei Hinsicht als vorbildlich gelten kann. So landete man bei den

Kosten bei 2 327 682 Euro, rund 207 000 Euro weniger als ursprünglich prognostiziert. Vor allem die digitale Ausstattung sei vorbildlich, so Sprenger. Rund 240 000 Euro seien hier investiert worden. „Wir sind jetzt digital richtig gut aufgestellt“, freute sich Realschullektor Uli Müller (links). Er lobte das gemeinsame Lehrerzimmer für Realschule und Werkrealschule. Die Architekten hätten „einen gelungenen Verwaltungstrakt geplant und fertigge-

stellt“, führte Müller aus. Architekt Hans Luippold (rechts) nannte das neue Lehrerzimmer einen multifunktionalen Raum, der viele Möglichkeiten biete. Das Bauen im Bestand sei keine einfache Aufgabe. Trotzdem: „Ich glaube, wir haben ein gutes Ergebnis“, so Luippold. Architektin Sonja Kaltenbach (Zweite von rechts) erläuterte den gesamten Bauablauf, bevor es auf Besichtigungstour ging.

Text/Foto: Daniel Seeburger

Dormettinger Räte fordern ein transparentes Verfahren

Waldhof Die Informationspolitik des Staatsministeriums in Sachen Absetzgelände lässt zu wünschen übrig. Die Bürgerinitiative ist zu Gast in der Sitzung. *Von Daniel Seeburger*

Es sei eine Thematik, die den Bürgern aufgezwungen worden sei, führte Bürgermeister Anton Müller aus. „Es ist frustrierend, auf welche Art und Weise diese Thematik in die Gemeinde heringetragen worden ist“, erklärte der Bürgermeister. Er kritisierte die mangelnde Informationspolitik seitens des Staatsministeriums. Seine Kritik an der Infoveranstaltung in der Geislinger Schlossparkhalle war dann auch vernichtend. „Ich war am Ende so schlau wie vorher, es war eine Desinformationsveranstaltung“, sagte er.

Sein Lob galt allerdings den Vertretern der Bundeswehr und des Kommandos Spezialkräfte (KSK), die bei der Infoveranstaltung am Mittwoch in Altshausen und am Waldhof auf das geplante Vorhaben eingegangen sind. „Es muss ein Stabsfeldwebel kommen, der erste Informationen überbringt, auf die man etwas geben kann“, so Müller. Und zwar ein Stabsfeldwebel, dem er über den Weg traue.

Schlechte Informationspolitik Sein Vertrauen in das Staatsministerium allerdings ist nicht mehr allzu groß. Das wurde in der Sitzung deutlich. „Die Informationspolitik unserer Landesregierung ist alles andere als vorbildlich“, führte er aus. „Wir werden als Gemeinde nicht gehört, nur informiert“, so Anton Müller. Und das offensichtlich nur sehr oberflächlich. Er habe als Bürgermeister ein berechtigtes Interesse daran, Informationen zu bekommen. Vor allem würde er gerne mehr über die Entscheidungsmatrix erfahren, nach der der Standort Waldhof ausgesucht worden ist.

Anton Müller forderte einen neuen Suchlauf bei der Standortsuche, in dem auch andere potenzielle Standorte geprüft werden. Es dürfe nicht der maßgebliche Grund für eine Entscheidung für den Standort Waldhof sein, nur weil er sich im Eigentum des Lan-

des befinde. Wichtig sei größtmögliche Transparenz, denn zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei nicht nachvollziehbar, weshalb der Waldhof ausgesucht worden sei. Annemarie Schneider von der BI trug die Argumente vor, die gegen den Waldhof als Absetzgelände sprechen. „Es stört uns, dass diese Entscheidung den Bürgern einfach übergestülpt wird“, sagte sie. Sie wies auf das „beste Ackerland“ hin, das unwiederbringlich zerstört werde, auf den Waldhof als Naherholungsgebiet und die Schäden an archäologischen Schätzen. „Wäre aus der Römerzeit werden einfach abrasiert“, so Schneider. Es gehe um den Schutz der gesamten Bevölkerung.

Einer ihrer Kritikpunkte: „Man erfährt bei sämtlichen Veranstaltungen nichts über die US-Army.“ Geprüft werden sollten als Alternativen auch die Standorte Münsingen, Eutingen oder Rottenburg. Gerade in Rottenburg hätte die US-Army bereits früher Fallschirmabsprünge

durchgeführt. Tobias Vötsch, Landwirt auf dem Danneckerhof, wies auf die Schäden hin, die ein Absetzgelände auf die Landwirtschaft in unmittelbarer Umgebung hat. Man habe nichts gegen das KSK, im Gegenteil: „Wir sind froh, dass wir sie haben“, so Vötsch. Die BI sei aber der Ansicht, dass es bessere Standorte mit einer bereits bestehenden Infrastruktur gebe.

Probleme der Landwirtschaft

Tobias Vötsch erzählte über die Probleme, die es bei der Freiland-Hühnerhaltung gebe, falls regelmäßig große Flugzeuge über die Höfe fliegen. Auf dem Steinfurthof seien bei der Vorführung am Mittwoch alle Hühner in Panik in den Stall gerannt. Die Böden würden für mindestens drei Generationen zerstört, so Vötsch. „Als Landwirt blutet einem das Herz, wenn solche guten Böden vernichtet werden“, sagte er. Über 4000 Personen hätten bisher die Petition der BI gegen das Vorhaben auf dem Waldhof

unterschrieben, führte Tobias Vötsch aus.

Die Gemeinde Dormettingen fordert in einem entsprechenden Beschluss des Gemeinderats, dass seitens des Staatsministeriums Baden-Württemberg und seitens der Bundeswehr neben der Staatsdomäne Waldhof auch andere Alternativen als Absetzgelände ernsthaft in einem transparenten und objektiven Verfahren geprüft und die Gutachten und Ergebnisse dieser Prüfungen sowie die der Entscheidung zugrundeliegende Matrix der Öffentlichkeit vollumfänglich zugänglich gemacht werden und noch offene Fragen in Bezug auf die Staatsdomäne Waldhof als Absetzgelände – insbesondere zur landwirtschaftlichen Nutzung, zur Lärmbelastung durch den Flugverkehr sowie zu den sonstigen Umweltauswirkungen – möglichst rasch gutachterlich geklärt und gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

Der Beschluss erfolgte einstimmig.

Waldhof: Die Linke positioniert sich

Politik Die Partei unterstützt die Proteste der Bürgerinitiative und fordert ein Ende der Flächenversiegelung.

Geislingen. Die Linke im Zollernalbkreis positioniert sich gegen das Absetzgelände Waldhof. Vertreter der Partei seien bei der Veranstaltung am vergangenen Mittwoch vor Ort gewesen.

Die Linke Zollernalb unterstützt die Proteste gegen die Nutzung der landwirtschaftlichen und Naturfläche durch die „Problemeinheit KSK“.

Das geplante Gelände hätte zur Folge, dass nicht nur landwirtschaftliche Nutzfläche und Naherholungsraum verloren ginge, es wäre auch mit einer beständigen Lärm- und Emissionsbelastung verbunden, heißt es in einer Pressemitteilung der Partei. Darüber hinaus würde damit auch die umweltschädliche Praxis der Flächenversiegelung im großen Stil fortgeschrieben, und die Flächen gingen auch für eine potenzielle und mit Landwirt-

schaft und Natur im Einklang umsetzbare energetische Nutzung verloren, wie sie die Klimakrise notwendig macht.

„Wir teilen auch die Kritik der Bürgerinitiative am Beschleunigungsversuch des KSK: Die eingesetzte Airbus-Maschine wird nämlich für das Übungsgelände gar nicht zum Einsatz kommen.“ An den Übungstagen würden tatsächlich täglich rund 15 bis 30 Starts und Landungen mit kleineren Propellermaschinen stattfinden, und es würden Hubschrauber eingesetzt werden, die einen deutlich höheren Lärmpegel aufweisen würden.

Kritik an der KSK

Die Linke formuliert aber auch grundsätzliche Kritik an der KSK. Seit 2017 seien zahlreiche rechtsradikale Vorfälle in der Einheit bekannt geworden.



Die Beförderten der Einsatzabteilung Leidringen: (v.l.n.r.) Kommandant Günter Kopf, Oberfeuerwehrmann Stefan Kramer, Löschmeister Thomas Hölle, Abteilungskommandant Gerd Vöhringer. Foto: Privat

Leidringer Wehr ist gut aufgestellt

Hilfe Die Corona-Schutzmaßnahmen stellen die Helferinnen und Helfer vor schwierige Aufgaben bei ihrer Arbeit.

Leidringen. Kürzlich fand die Versammlung der Einsatzabteilung Leidringen statt. Abteilungskommandant Gerd Vöhringer berichtete über die Einsätze und Ereignisse des Jahres 2021, die aufgrund der zu dieser Zeit geltenden Corona-Schutzmaßnahmen große Herausforderungen an die Führungsgruppe stellte. Viele Dienstübungen durften aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen nicht oder nur als Online-Veranstaltung stattfinden, dennoch musste die volle Einsatzfähigkeit gewährleistet werden. Dies gelang, obwohl in 2021 bei 18 Einsätzen 333 Einsatzstunden anfielen.

30 aktive Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner gehörten im Jahr 2021 der Einsatzabteilung an. Die Jugendfeuerwehr und Kindergruppe umfasste jeweils 11 Mitglieder, ebenso die Altersabteilung. Im Kassenbericht legte Kassenwart Thomas Hölle die positive Kassenlage der Einsatzabteilung Leidringen dar. Nach den Berichten des Schriftführers Volker Utz und des Leiters der Jugendgruppe Fabian Schüehle überbrachte Feuerwehrkom-

mandant Günter Kopf Grußworte. Dabei wurde die erfolgreiche Jugendarbeit der Einsatzabteilung besonders hervorgehoben.

Ortsvorsteher Horst Lehmann würdigte die hohe Einsatzbereitschaft der Abteilung mit nicht unerheblichen Einschränkungen aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen. Anschließend nahm er die Entlastung vor, die von der Versammlung einstimmig erteilt wurde. In einem Wahlgang wurde Thomas Hölle in seiner Funktion als Kassenwart wiedergewählt.

Wehrmänner werden befördert

Anschließend erfolgten zwei Beförderungen: Stefan Kramer wurde zum Oberfeuerwehrmann und Thomas Hölle zum Löschmeister befördert. Der stellvertretende Abteilungskommandant Simon Schüehle berichtete über den aktuellen Stand zur Beschaffung des neuen Löschgruppenfahrzeugs LF/10 für die Einsatzabteilung Leidringen. Derzeit wird von einem Liefertermin im Oktober 2022 ausgegangen.



Annemarie Schneider und Tobias Vötsch von der Bürgerinitiative Waldhof waren zu Gast bei Dormettingens Bürgermeister Anton Müller (rechts) und dem Gemeinderat. Foto: Daniel Seeburger